



Anschrift Vergabestelle:

Goethe-Institut e.V.
Oskar-von-Miller-Ring 18
80333 München

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots im Rahmen der Ausschreibung:

Offenes Verfahren gemäß § 15 VgV

Goethe-Institut e. V.
Oskar-von-Miller-Ring 18
80333 München

Rahmenvertrag E-Commerce-Beratung und Serviceleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Interesse an der vorliegenden Ausschreibung.

Hiermit fordern wir Sie zur Abgabe eines Angebots auf. Anbei erhalten Sie die hierfür nötigen allgemeinen Hinweise, Bedingungen und Formulare. Es gelten die nachfolgenden Bewerbungsbedingungen.

Mit freundlichen Grüßen

Goethe-Institut

Anlagen

- Anlage A Leistungsbeschreibung (losbezogen)
- Anlage B 1 Anschreiben Angebot
- Anlage B 2 Basisinformationen Unternehmen
- Anlage B 3 Bietergemeinschaftserklärung
- Anlage B 4 Erklärung Eignungsleihe
- Anlage B 5 Erklärung über Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Anlage B 6 Referenzen (losbezogen)
- Anlage B 7 Ausschlusskriterien
- Anlage B 8 Eigenerklärung Russlandbezug
- Anlage C Preisblatt (losbezogen)
- Anlage D Fragebogen zu qualitativen Zuschlagskriterien (losbezogen)

www.goethe.de

**GOETHE
INSTITUT**

Sprache. Kultur. Deutschland.



Anlage E Vertragsmuster
Anlage F Informationspflichten Art. 13 und Art. 14 DSGVO
Anlage G Technische Hinweise zum Verfahren

Dieses Anschreiben ist zum Verbleib beim Bieter bestimmt, bitte senden Sie es nicht mit dem Angebot zurück.

Bewerbungsbedingungen

I. Gegenstand der Ausschreibung

Gesucht wird eine oder zwei E-Commerce-Agentur(en) zur Begleitung und Optimierung unserer digitalen Verkaufsstrategien und -maßnahmen an bis zu 160 Standorten des Goethe-Instituts im In- und Ausland.

Der Auftragnehmer hat

- die Beratung, Unterstützung und Umsetzung von Aktivitäten in den Bereichen E-Commerce, Strategisches Marketing, Performance Marketing, Suchmaschinenoptimierung (SEO/AIO), Technical Marketing und Webanalyse zu unterstützen,
- bei Strategien zu neuen Konzepten oder Weiterentwicklungen in den Bereichen B2B, B2C und Gruppenanmeldungen mitzuarbeiten,
- Rücksicht auf ggf. erschwerte Bedingungen im internationalen Handel zu nehmen,
- die Besonderheit beim Verkauf von Dienstleistungen bzw. Bildungsangeboten mit teilweise eingeschränkter Verfügbarkeit und/ oder anderen Restriktionen im Online-Handel zu berücksichtigen.

Die Bieter sind berechtigt, Angebote für ein oder mehr Lose abzugeben.

Es ist beabsichtigt jeweils einen Rahmenvertrag für die Dauer von vier Jahren mit einem Dienstleister für Los 1 und Los 2 zu schließen. Gibt ein Bieter in beiden Losen das wirtschaftlichste Angebot ab, erhält er den Zuschlag für beide Lose.

Das maximale Auftragsvolumen beläuft sich auf 110 Personentage im Los 1 und 40 Personentage im Los 2 pro Vertragsjahr. Der Höchstwert für den Gesamtauftragswert für vier Jahre für beide Lose liegt bei 319.200 EUR netto. Anspruch auf Abruf der Leistung bzw. Mindestabnahme von Stunden besteht nicht.

Eine detaillierte Beschreibung der geforderten Leistung ist der Anlage A „Leistungsbeschreibung“ (losbezogen) zu entnehmen.



II. Grundsätzliche Bestimmungen

Der Auftraggeber verfährt nach den Bestimmungen des Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV). Bitte beachten Sie die folgenden Bewerbungsbedingungen und Erläuterungen für den Bieter.

Die Vergabeunterlagen dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden. Jede Veröffentlichung und Weitergabe an Dritte (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung des Auftraggebers nicht statthaft.

Ergänzende oder berichtigende Angaben zur Ausschreibung werden allen Bietern auf elektronischem Wege mitgeteilt.

III. Hinweise und Bedingungen für die Erstellung und Einreichung des Angebots

1. Form des Angebots

Das Angebot inklusive der vorzulegenden Anlagen ist in deutscher Sprache zu verfassen und zwingend über das Deutsche Vergabeportal (www.dtv.de) in Textform einzureichen. Eine elektronische Signatur ist nicht erforderlich.

Das Angebot inklusive der vorzulegenden Anlagen darf **ausschließlich** in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Deutsche Vergabeportal (<https://www.dtv.de/>) mittels des dort kostenlos zum Download verfügbaren Bietertools eingereicht werden.

Auf postalischem Wege sowie per E-Mail, per Telefax oder auch über die Bieterkommunikation des Vergabeportals übermittelte Angebote sind nicht zugelassen.

2. Fristen

Das vollständige Angebot muss bis zum

24.06.2026, 12:00 Uhr MEZ

eingehen. Mit Fristablauf muss die Einstellung des Angebotes über das Portal abgeschlossen sein.



Diese Frist ist eine Ausschlussfrist. Verspätet eingegangene Unterlagen können nicht mehr berücksichtigt werden, es sei denn der Bieter kann nachweisen, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat.

Der Auftraggeber wird über den Zuschlag voraussichtlich bis 30.06.2026 entscheiden, und nicht berücksichtigte Bieter informieren. Der Auftragnehmer ist bis zum 30.07.2026 an sein Angebot gebunden (Bindefrist).

3. Inhalte/Bestandteile des Angebots

3.1 Überblick und Allgemeine Hinweise

Die Leistungen werden in 2 Losen vergeben:

- Los 1: Service- und Beratungsleistungen im Performance Marketing, Martech und Webanalyse
- Los 2: Search Engine Optimization (SEO), Optimierung KI-Basierter Such- und Antwortmaschinen (AIO)

Das Angebot ist nach folgender Gliederung pro Lose vollständig zusammen zu stellen und hat ausschließlich die in der folgenden Tabelle (soweit im Einzelfall zutreffend) aufgeführten Dokumente zu enthalten, die diesen Ausschreibungsbedingungen beiliegen.

Art der Unterlage	Unterlage im Rahmen dieser Bewerbungsbedingungen	Als Anlage zum Vertrag
Anschreiben	B.1	1
Basisinformationen Unternehmen	B.2	
Bietergemeinschaftserklärung (soweit zutreffend)	B.3	
Erklärung Eignungsleihe (soweit zutreffend)	B.4	
Eigenerklärung über Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	B.5	



Referenzen (losbezogen)	B.6	
Vom Bieter ausgefüllte Angaben zu den Ausschlusskriterien	B.7	
Anlage Russlandbezug	B.8	
Vom Bieter ausgefülltes Preisblatt	C	2
Vom Bieter ausgefüllter Fragebogen zu qualitativen Zuschlagskriterien (losbezogen)	D	

Die Nichtvorlage der aufgelisteten Angebotsbestandteile kann - vorbehaltlich einer Nachforderung gemäß § 56 Abs. 2 - 4 VgV - zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Bitte verwenden Sie - soweit vorhanden - die zur Verfügung gestellten Formblätter.

Beachten Sie bitte: Änderungen an den vorformulierten Texten der Formblätter sind unzulässig.

Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sind in den Angebotsunterlagen entsprechend kenntlich zu machen. Bei Dokumenten in anderen Sprachen sind Übersetzungen ins Deutsche beizufügen. Es gilt die deutsche Übersetzung.

Das Angebot erfolgt auf der Grundlage des von der Vergabestelle erstellten und ausgefüllten Vertrages (Anlage E) und der Leistungsbeschreibung (Anlage A).

Diese dürfen nicht vom Bieter modifiziert werden und sind nicht mit dem Angebot einzureichen. Der Vertrag wird nach Zuschlagserteilung unter Berücksichtigung des Angebotes des bezuschlagten Bieters vervollständigt.

Allgemeine Geschäftsbedingungen oder eigene Vertragsbedingungen bzw. Änderungen der Vertragsbedingungen durch die Bieter sind nicht zugelassen. Die Beifügung solcher Bedingungen kann zum Ausschluss des Angebots führen.

Varianten, Änderungsvorschläge und Nebenangebote werden nicht zugelassen.

3.2 Unterlagen zur Eignung

Die Eignung der Bieter wird aufgrund der in den Anlagen B.1 bis B.8 gemachten Angaben durchgeführt.



Die Unterlagen sind als Teil des Angebots fristgerecht einzureichen.

4. Änderung, Berichtigung und Rücknahme von Angeboten

Nachträgliche Änderungen oder Berichtigungen der Angebote sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Die Änderungen oder Berichtigungen sind als solche zu kennzeichnen und müssen **durch Austausch** des Angebotes auf dem Vergabeportal eingereicht werden.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote zudem zurückgezogen werden.

5. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind in Anlage B.3 zu benennen, haben insbesondere einen bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen und zu erklären, dass sie im Falle der Beauftragung gesamtschuldnerisch haften. Die rechtsverbindliche Bevollmächtigung des Vertreters der Bietergemeinschaft ist spätestens mit Abgabe des Angebots nachzuweisen.

Bei Bietergemeinschaften sind folgende Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied gesondert zu erbringen:

- Anlage B.5 Erklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Anlage B.8 Eigenerklärung Russlandbezug

Die übrigen Anforderungen an Leistungsfähigkeit und Fachkunde (wirtschaftliche und finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit) gelten für die gemeinschaftlich zur Verfügung stehenden Kapazitäten gemeinsam.

6. Eignungsleihe

Im Falle der Eignungsleihe (= Inanspruchnahme der Fachkunde oder Leistungsfähigkeit eines Unterauftragnehmers oder sonstigen Dritten) hat der Bieter eine verbindliche Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unternehmens vorzulegen, dass ihm die Mittel zur Verfügung stehen werden bzw. dass der Dritte die Leistung ausführen wird (§ 47 Abs. 1 VgV) sowie eine Erklärung der gemeinsamen Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe (Formblatt Anlage B4.).



Jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, muss zudem folgende Erklärungen vorlegen (Anforderungen an Unternehmen):

- Erklärungen gemäß Anlage B5 (Erklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen).
- Nachweis der Eignung des Unternehmens, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, in Bezug auf die Eignungskriterien entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe.
- Erklärung gemäß Anlage B 8 (Eigenerklärung Russlandbezug).

7. Ablauf des Ausschreibungsverfahrens

Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote prüfen und anhand der genannten Zuschlagskriterien sowie der hierzu angegebenen Gewichtung bewerten.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot im Sinne von § 127 Abs. 1 GWB erteilt. Die Zuschlagskriterien zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots sind unter Punkt 8 aufgeführt. Die Entscheidung über den Zuschlag wird innerhalb der Zuschlagsfrist auf elektronischem Weg mitgeteilt.

Mit Zuschlagserteilung wird das vom Bieter abgegebene Angebot vom Auftraggeber angenommen. Der Vertrag kommt zu den in der Ausschreibung enthaltenen Bedingungen zu Stande. Dies gilt unbeschadet einer evtl. späteren urkundlichen Festlegung; die gesonderte Unterschrift der Vertragsurkunde durch die Parteien hat deklaratorischen Charakter.

8. Zuschlagskriterien / Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Das wirtschaftlichste Angebot geeigneter Bieterinnen und Bieter wird unter Berücksichtigung der nachfolgend dargestellten leistungsbezogenen Ausschluss- und Zuschlagskriterien ermittelt.

Die Prüfung der in Anlage B 7 aufgeführten leistungsbezogenen Ausschlusskriterien erfolgt vor der Bewertung der Zuschlagskriterien. Die dort genannten Kriterien stellen zwingende Mindestanforderungen dar.

Nur Angebote, die sämtliche Mindestanforderungen erfüllen, werden zur Wertung nach den Zuschlagskriterien Preis und Qualität zugelassen. Angebote von Bieterinnen und Bietern,



die eines dieser Kriterien nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen und nicht in die Zuschlagswertung einbezogen.

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien unter Anwendung der angegebenen Gewichtung:

- Preis mit 40 % Gewichtung
- Qualität mit 60 % Gewichtung

Die Qualitätsbewertung erfolgt auf Grundlage der von den Bieterinnen und Bietern ausgefüllten Fragebögen je Los (Anlage D).

Die Bewertung erfolgt losbezogen anhand der dort enthaltenen Fachfragen sowie der jeweils zugeordneten Bewertungsmatrix.

Je Fachfrage können – abhängig vom jeweiligen Los – maximal 30 Punkte (Los 1) bzw. 60 Punkte (Los 2) erreicht werden.

Die Bewertung der Zuschlagskriterien Preis und Qualität erfolgt auf Grundlage der in Anlage C (Preisbewertung) und Anlage D (Fragebogen je Los) dargestellten Bewertungsmethoden.

9. Bieterfragen

Bieterfragen sind ausschließlich elektronisch über den Kommunikationsbereich des Deutschen Vergabeportals (www.dtvp.de) bis spätestens **12.06.2026, 12:00 Uhr MEZ** an den Auftraggeber zu richten.

Die Fragen aller Bieter und die Antworten des Auftraggebers werden allen Bietern anonymisiert auf dem Deutschen Vergabeportal (www.dtvp.de) zur Verfügung gestellt. Telefonische Auskünfte werden von der Vergabestelle nicht erteilt!

10. Hinweispflicht / Rügen der Bieter

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Fehler, Widersprüchlichkeiten und/oder liegt aus Sicht des Bieters ein Verstoß gegen die Vorschriften im Vergabeverfahren vor, so hat der Bewerber / Bieter die Vergabestelle unverzüglich und vor Angebotsabgabe schriftlich auf elektronischem Weg darauf hinzuweisen.

Solche Hinweise und/oder Verfahrensrügen sind an folgende Adresse zu richten:

www.goethe.de

**GOETHE
INSTITUT**

Sprache. Kultur. Deutschland.



*Goethe-Institut e.V. – Zentrale
Abt. Zentrale Dienste, Bereich Recht*

Email: vergabe@goethe.de

11. Zulässigkeit von Nachprüfungsverfahren /Rügepflicht

Die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern. Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens nach §§ 155 ff. GWB ist schriftlich zu stellen und an die

*Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Villemombler Straße 76
53123 Bonn
Tel.: +49 2289499-562 oder -568
Fax: +49 2289499-163
Mail-Adresse: vk@bundeskartellamt.bund.de
www.bundeskartellamt.de*

zu richten.

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Vergabeverstoß im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat.

Verstöße, die aufgrund der Auftragsbekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 GWB).

Teilt der Auftraggeber mit, dass der Rüge nicht abgeholfen wird, kann ein Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung schriftlich gestellt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB), wobei für die Fristwahrung der Eingang des Nachprüfungsantrags bei der Vergabekammer maßgeblich ist.



12. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Wesentliches Kennzeichen einer Auftragsvergabe im Wettbewerb ist die Gewährleistung eines Geheimwettbewerbs zwischen den teilnehmenden Bietern. Danach ist es unzulässig, dass ein Bieter an einem Vergabeverfahren teilnimmt, dem ganz oder zumindest teilweise die Angebote, Angebotsgrundlagen oder Angebotskalkulation der Mitbieter bekannt sind. Gibt ein Bieter somit nicht nur ein eigenes Angebot ab, sondern bewirbt er sich daneben auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft um den Zuschlag hinsichtlich derselben Leistung, ist der Geheimwettbewerb nicht mehr gewährleistet. Dies führt zwingend zum Ausschluss der betroffenen Angebote, sofern nicht nachgewiesen ist, dass eine Verletzung des Geheimwettbewerbs durch die Mehrfachbeteiligung ausgeschlossen ist.

13. Sonstiges

Die dem Auftraggeber im Rahmen der Vergabe zugesandten Unterlagen, Muster, etc. werden nicht zurückgesandt und gehen, sofern nichts anderes vereinbart wird, ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Es wird darauf hingewiesen, dass nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt werden und darüberhinausgehende Unterlagen nicht erwünscht sind.

Für die Teilnahme und Erstellung der Unterlagen erfolgt keine Kostenerstattung.

Ergänzend wird ausdrücklich auf die veröffentlichte Bekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union verwiesen.